

Antrag

AntragsstellerIn: Landesvorstand, LAG Migration

Gegenstand: **Für eine menschenrechtsorientierte
Flüchtlingspolitik: Verantwortung übernehmen,
Herausforderungen gemeinsam schultern,
Integration unterstützen**

1 Antragstext

2 Wir erleben in Sachsen derzeit eine unbeschreiblich große Hilfsbereitschaft von
3 Ehren- und Hauptamtlichen in den Städten und Dörfern unseres Landes - trotz oder
4 gerade wegen rassistischer Hetzkampagnen gegen Flüchtlinge. All jenen, die sich
5 in Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften engagieren, die
6 spenden, die Patenschaften für Zufluchtsuchende übernehmen, die Deutschkurse
7 organisieren, gilt unser großer Dank! Diese engagierten Menschen gilt es zu
8 unterstützen.

9 Unter dem Eindruck der hohen Flüchtlingszahlen sehen wir derzeit in Europa eine
10 dramatische Entsolidarisierung. Anstatt die Herausforderung entschlossen und
11 gemeinsam auf der Grundlage der Werte des geeinten Europas anzupacken, erleben
12 wir einen zynischen „Verschiebebahnhof“. Flüchtlinge werden nicht mehr als
13 Menschen wahrgenommen, die Krieg und Terror entflohen sind, sondern nur mehr als
14 Problem, das am besten in die Nachbarländer zurückgedrängt werden soll. Wir
15 GRÜNE stehen ohne Wenn und Aber zum Asyl als individuellem Menschenrecht.

16 Der Asylgipfel in Berlin war zwar dringend notwendig. Aber es wurden dort nur
17 wenige Maßnahmen beschlossen, die wir mittragen. Wir begrüßen jene Zusagen, die
18 insbesondere die Minderheiten auf dem Westbalkan besser schützen und ihnen einen
19 Zugang - allerdings nur unter engen Vorraussetzungen - zum deutschen Arbeitsmarkt
20 ermöglichen können. Dass die dringend benötigten finanziellen Mittel für Länder
21 und Kommunen nun zur Verfügung gestellt werden ist ebenso ein Erfolg, auch wenn
22 diese Mittel, das ist schon jetzt absehbar, nicht ausreichen werden.

23 Jedoch enthält das aus dem Asylgipfel resultierende
24 „Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz“ die härtesten Asylrechtsverschärfungen
25 seit 20 Jahren und ist zudem aus unserer Sicht nicht geeignet, die aktuellen
26 Herausforderungen bei der Unterbringung und Integration der Flüchtlinge und

27 Asylsuchenden zu meistern. Im Gegenteil, in zahlreichen Teilbereichen ist sogar
28 eine deutliche Verschlechterung für Asylsuchende vorgesehen. Damit ist eine
29 große Chance zur Neuregelung der Asylverfahrensfragen und zur Schaffung eines
30 Einwanderungsgesetzes vertan worden.

31 So sind für uns die Ausweitung der sogenannten sicheren Herkunftsstaaten sowie
32 die beabsichtigte massive soziale und wirtschaftliche Schlechterstellung der aus
33 diesen Ländern einreisenden Asylsuchenden, etwa die faktische Wiedereinführung
34 der Residenzpflicht oder das absolute Arbeitsverbot, nicht hinnehmbar. Auch die
35 Rückkehr zum Sachleistungsprinzip, das einen erheblichen bürokratischen
36 Mehraufwand bedeutet und für die Flüchtlinge eine reine menschenunwürdige
37 Schikane darstellt, lehnen wir ab.

38 Neben der Realisierung einer menschenwürdigen Unterbringung, die uns auch noch
39 in den kommenden Jahren beschäftigen wird, steht jetzt die Aufgabe an, die
40 Zufluchtsuchenden unter Wahrung der eigenen Kultur und Identität in unsere
41 Gesellschaft zu integrieren, ihnen Möglichkeiten der Teilhabe zu eröffnen und
42 damit ein selbstbestimmtes Leben in Sicherheit anzubieten. Diese Herausforderung
43 werden wir nur gemeinsam erfolgreich meistern.

44 Die Wiedereinführung von Grenzkontrollen ist ein antieuropäisches und
45 rechtspopulistisches Vorgehen, das wir entschieden ablehnen. Die Flüchtlinge
46 sind damit nicht aus der Welt, die Herausforderung bleibt bestehen.

47 Wir in Deutschland und in Sachsen sind faktisch in der Lage, einen
48 substanziellen Beitrag zu leisten, um die anstehenden Aufgaben zu lösen.

49 **Konkret fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf bundespolitischer Ebene:**

50 **1. Asylverfahren beschleunigen**

51 Asylverfahren dauern immer noch viel zu lange. Die von der Bundesregierung
52 versprochene durchschnittliche Verfahrensdauer von 3 Monaten liegt in weiter
53 Ferne. Hier muss endlich eine deutliche Personalaufstockung im Bundesamt für
54 Migration und Flüchtlinge (BAMF) erfolgen, denn unter der langen Verfahrensdauer
55 leiden alle Beteiligten. Denkbar ist, Beamtinnen und Beamte aus anderen Behörden
56 im BAMF einzusetzen. Ein zweiter Schritt wäre es, Flüchtlinge aus Ländern mit
57 einer sehr hohen Schutzquote wie Syrien, Irak und Eritrea als
58 Kontingentflüchtlinge aufzunehmen. Im dritten Schritt muss das unsinnige
59 Widerrufsverfahren, das eine Überprüfung des Asylantrags nach drei Jahren
60 vorsieht, ersatzlos gestrichen werden. Mit diesen Maßnahmen könnte die
61 Verfahrensdauer endlich auf ein akzeptables Niveau gesenkt werden.

62 **2. Erstaufnahme- und Unterbringungskapazitäten ausbauen**

63 Auch mit Blick auf den herannahenden Winter muss die Anzahl der Plätze in den
64 Unterkünften deutlich erhöht werden. Das gilt für die Erstaufnahmeeinrichtungen
65 ebenso wie für den Wohnraum, den Flüchtlinge anschließend benötigen. Dafür

66 müssen schnell und unbürokratisch Bundes- und Landesimmobilien zur Verfügung
67 gestellt werden. Dies gilt insbesondere für die kurzfristige Bereitstellung von
68 Notunterkünften. Die Lockerung der baurechtlichen Standards und der Ausbau der
69 Mittel für den sozialen Wohnungsbau, so wie beides im
70 Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz beschlossen wurde, ist der richtige Ansatz.

71 **3. Finanzielle und strukturelle Entlastung von Ländern und Kommunen**

72 Die vom Bund beschlossenen sechs Milliarden Euro zur Entlastung der Länder und
73 Kommunen reichen nicht aus. Der Bund muss sich dauerhaft und strukturell in
74 angemessener Höhe an den entstehenden Kosten beteiligen.

75 **4. Arbeitsmigration ermöglichen**

76 Arbeitssuchende aus den Balkan-Staaten müssen bisher den (weitgehend
77 aussichtslosen) Umweg über das Asylrecht nehmen. Wir wollen für die EU-
78 Beitrittsländer Albanien, Serbien, Mazedonien und Montenegro sowie für die
79 potentiellen Beitrittskandidaten Kosovo und Bosnien-Herzegowina Möglichkeiten
80 schaffen, damit ihre Staatsangehörigen - angelehnt an die
81 Freizügigkeitsregelungen der EU - legal in Deutschland arbeiten können.
82 Gleichzeitig soll die Bevölkerung in diesen Staaten verstärkt darüber aufgeklärt
83 werden, welche Möglichkeiten und Chancen es für die Arbeitsmigration nach
84 Deutschland gibt. Wir werden darauf achten, dass die versprochenen
85 Unterstützungen für die Minderheiten auf dem Westbalkan, insbesondere für die
86 Roma, wirklich umgesetzt werden. Deutschland braucht ein Einwanderungsgesetz, um
87 jenseits des Asylrechts Einwanderung zu ermöglichen. Das
88 Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz stellt durch seine zahlreichen
89 Einschränkungen noch keinen Einstieg in ein Einwanderungsgesetz dar.

90 **5. Integration stärken**

91 Viele der Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, werden lange hier
92 bleiben. Deshalb wollen wir dafür sorgen, dass sie möglichst gut integriert
93 sind. Gute Integration ist ein entscheidender Punkt im Hinblick auf das künftige
94 Zusammenleben. Dafür ist es zunächst nötig, dass genügend Integrations- und
95 Sprachkurse angeboten werden. Weiter gilt es, die Bildungsangebote, insbesondere
96 die Schulen, fit zu machen für die neuen Herausforderungen. Der Zugang zum
97 Arbeitsmarkt ist von zentraler Bedeutung. Die meisten Flüchtlinge wollen ihren
98 Lebensunterhalt selbst verdienen und unsere Unternehmen - insbesondere
99 mittelständische Firmen - können sie gut gebrauchen. Wenn es gelingt, sie besser
100 und schneller in den Arbeitsmarkt zu integrieren, können sie nicht nur ihren
101 eigenen Lebensunterhalt verdienen, sondern auch einen wichtigen Beitrag für den
102 Wohlstand des gesamten Landes leisten. Leider ist das Recht derzeit eher darauf
103 angelegt, eine Arbeitsaufnahme so schwer wie möglich zu gestalten. Das wollen
104 wir ändern. Ein erster und wichtiger Schritt wäre es, die geltende
105 Vorrangprüfung völlig zu streichen. Um die medizinische Versorgung
106 sicherzustellen, muss die Gesundheitskarte eingeführt werden. Das ist ein
107 Beitrag zum Abbau von Diskriminierung und überflüssiger Bürokratie.

108 **Aktionsplan für Sachsen**

109 Im Freistaat Sachsen ist entschlossenes und engagiertes Handeln vor allem in den
110 folgenden Bereichen erforderlich:

- 111 - menschenwürdige Unterbringung in der Erstaufnahme des Landes und in
- 112 Unterkünften der Landkreise und der Kreisfreien Städte
- 113 - Betreuung und Integration
- 114 - Abbau unnötiger und teurer Bürokratie
- 115 - Kommunale Integrationskonzepte und ehrenamtliches Engagement unterstützen

116 **1. Aufnahme und Unterbringung**

117 Wir brauchen Ankunftscentren, die im 24-h-Betrieb medizinische Erstversorgung,
118 Registrierung und die Weiterleitung der Menschen in die
119 Erstaufnahmeeinrichtungen leisten.
120 Wir brauchen weiterhin dringend und schnellstmöglich mindestens eine Verdopplung
121 der Erstaufnahmeplätze und
122 -einrichtungen. Zelte sind dabei ungeeignet und garantieren keine
123 menschenwürdige Unterbringung, gerade im bevorstehenden Winter. Ein
124 sachsenweites Liegenschaftskataster mit Grundstücken und Immobilien, die für
125 Flüchtlingsunterkünfte geeignet sind, muss umgehend vorgelegt werden. Wir
126 wollen, dass die rechtlichen Möglichkeiten geschaffen werden, dass
127 Privatpersonen geduldete Flüchtlinge und Flüchtlinge im Verfahren bei sich
128 aufnehmen können. Um den absehbar höheren Bedarf an Wohnungen zu befriedigen,
129 brauchen wir eine Offensive für den sozialen Wohnungsbau und mehr Mittel für die
130 Städtebauförderung zur Sanierung maroden Baubestands. Wir brauchen gerade in den
131 urbanen Ballungsräumen schnellstmöglich ein Programm für sozialen Wohnungsbau,
132 so wie es beim Flüchtlingsgipfel beschlossen wurde und nun von Sachsen umgesetzt
133 werden muss. Bezahlbarer Wohnraum muss zur Verfügung stehen, um gerade auch eine
134 Konkurrenz zwischen einkommensschwachen Menschen und Geflüchteten zu verhindern.

135 **2. Betreuung und Integration**

136 Wir brauchen in allen Landkreisen und Kreisfreien Städten Jugendämter, die über
137 Angebote an Einrichtungen, Diensten, Sprachmittlern und Veranstaltungen
138 verfügen, die den spezifischen Schutzbedürfnissen
139 und Bedarfen unbegleiteter ausländischer Minderjähriger entsprechen sowie
140 qualifizierte Fachkräfte für die Betreuung dieser Zielgruppe. Von dort sollen
141 unbegleitete Flüchtlinge unter 18 Jahren möglichst schnell an Clearingstellen
142 weitervermittelt werden. Dadurch werden die Jugendämter der Landkreise und
143 Kreisfreien Städte entlastet. Wir werden darauf achten, dass das angekündigte
144 Gesetz zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung
145 ausländischer Kinder und Jugendlicher schnellstmöglich verabschiedet wird, um
146 eine unter Kindeswohlgesichtspunkten notwendige Verteilung der unbegleiteten
147 minderjährigen Flüchtlinge sicherzustellen.

148 Integration fängt mit Bildung an: Flüchtlinge müssen ab dem Zeitpunkt ihrer
149 Ankunft in Sachsen Zugang zu Bildungsangeboten bekommen. Neben der Schule und

150 der Berufsschule, müssen alle Bildungs- und Betreuungsinstitutionen unterstützt
151 werden, um Flüchtlingen einen schneller Zugang zu Kitas, Weiterbildung und
152 Hochschulen zu ermöglichen. Dafür benötigen die Bildungseinrichtungen und ihre
153 Beschäftigten zusätzliche personelle und materielle Unterstützung. Das bedeutet
154 vor allem, mehr Personal zu Verfügung zu stellen, die Zahl für Klassen mit
155 Deutsch als Zweitsprache zu erhöhen und die Angebote an Integrations- und
156 Sprachkursen deutlich auszuweiten.

157 Wir fordern ein Sofortprogramm für die Bildung und Förderung von Flüchtlingen.
158 Die Chancen auf eine bessere Integration in den Arbeitsmarkt sollten wir
159 unverzüglich nutzen und unbürokratisch Möglichkeiten eröffnen. Dafür brauchen
160 wir Jobcoaches in Sachsen. Auch die schnellere Anerkennung von im Ausland
161 erworbenen Bildungsabschlüssen und Berufsqualifikationen fördert eine schnelle
162 Integration. Zeugnisse und andere Dokumente sind oftmals verloren gegangen. Nach
163 dem Vorbild der Hochschule Magdeburg-Stendal in Sachsen-Anhalt wollen wir
164 Flüchtlingen in Sachsen mit Aufenthaltsgenehmigung auch bei unvollständiger
165 Aktenlage ein Studium ermöglichen. Denn Bildung ist ein Menschenrecht. Wir
166 werden genau darauf achten, dass die im Flüchtlingsgipfel zugesagte stärkere
167 finanzielle Unterstützung für die zuständige Stelle zur Anerkennung
168 ausländischer Bildungsabschlüsse auch gezahlt wird.

169 Die Asylsozialarbeit muss personell deutlich aufgestockt werden. Bei der Auswahl
170 des Betreuungspersonals sollen verstärkt die Kompetenzen der Flüchtlinge selbst
171 genutzt werden. Sie können eine wertvolle Hilfe bei der Betreuung und
172 Unterstützung sein. Die nötigen Maßnahmen kosten zu Beginn viel Geld. Aber die
173 Kosten sind auch Investitionen in die Zukunft unseres Landes, an deren Ende uns
174 viele gut qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, die uns aufgrund des
175 demografischen Wandels ansonsten fehlen würden.

176 **3. Abbau unnötiger und teurer Bürokratie**

177 Bislang werden 7600 € pauschal je Flüchtling an die unteren
178 Unterbringungsbehörden gezahlt. Dieses Geld reicht nicht aus. Wir fordern, dass
179 jährlich überprüft wird ob die Pauschale angemessen ist. Auch die immer wieder
180 geforderte Umstellung von Geld- auf Sachleistungen in den
181 Erstaufnahmeeinrichtungen ist ein bürokratischer Schildbürgerstreich und zudem
182 für die Flüchtlinge menschenunwürdig.

183 Wir wollen, dass nach dem Vorbild anderer Bundesländer (Hamburg, Bremen, NRW und
184 Schleswig-Holstein) eine Gesundheitskarte für Flüchtlinge eingeführt wird, die
185 sowohl eine gute und humane Gesundheitsversorgung der Flüchtlinge sicherstellen,
186 als auch den derzeitigen Verwaltungsaufwand reduzieren würde.

187 **4. Kommunale Integrationskonzepte und ehrenamtliches Engagement unterstützen**

188 Das freiwillige Engagement der Bürgerinnen und Bürger in Sachsen ist derzeit
189 größer denn je. Die sächsischen Kommunen brauchen Unterstützung bei der
190 Schaffung kommunaler Integrationskonzepte als Grundlage für eine menschenwürdige
191 Aufnahme und für eine qualifizierte Flüchtlingssozialarbeit. Dabei müssen Bund

192 und Länder die Kommunen unterstützen.

193 Das solidarische, ehrenamtliche und zivilgesellschaftliche Engagement in den
194 Sächsischen Städten und Gemeinden soll durch eine Ehrenamtskoordination
195 unterstützt werden. Einen unschätzbaren Beitrag für die Betreuung leisten
196 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer. Um sie und ihre wichtige Arbeit zu
197 unterstützen, braucht es hauptamtliche Stellen, die die Koordination und
198 Unterstützung übernehmen. Die Kosten dafür sind vom Land zu tragen.